



Niederschrift

22. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. März 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 16 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Parkgebührensatzung)

Vorlage: 2026/0072

Punkt 16.1 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Parkgebührensatzung)

Ergänzungsantrag: FDP/FW

Vorlage: 2026/0072/1

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss die in der **Anlage 1** beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über Parkgebühren (Parkgebührensatzung) vom 16. Dezember 2008, zuletzt geändert am 26. Januar 2021“.

Abstimmungsergebnis:

TOP 16: mehrheitliche Zustimmung (34 Ja, 8 Nein)

TOP 16.1: mehrheitliche Ablehnung (10 Ja, 32 Nein)

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte 16 und 16.1 zur Behandlung auf.

Stadtrat Hock (FDP/FW): Wie mein Kollege Dr. Noé schon vorhin gesagt hat, haben wir den Haushalt damals mitgenehmigt und sind wirklich bei vielem auch über unsere Grenzen hinweg was mitgegangen, wo wir eigentlich intern nicht mitgehen wollten. Aber jetzt haben wir die Bitte, an einem Punkt eine Ausnahme zu machen, und da geht es uns um die Altersheime und Krankenhäuser. Da wird jetzt richtig zugelangt, und man muss wirklich die Frage sich stellen, wenn man jemand Älteres pflegen muss und muss da jeden Tag 22 Euro oder Krankenhäuser 15 Euro etc. bezahlen, dann wird es dann schon heftig, wenn man dann überlegt, man muss dort mehrere Tage vielleicht hin. Deshalb war unser Änderungsantrag, dass wir in diesen Bereichen diese alte Struktur belassen, und da würden wir gerne darum bitten, dass die Kolleginnen und Kollegen unseren Änderungsantrag heute mittragen.

Ansonsten ist diese Satzung und Parkgebührensatzung für uns so in Ordnung. Aber an diesem Punkt würden wir gerne die Ausnahme beantragen.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich glaube, nach der vorherigen Debatte müssen wir das jetzt nicht allzu weit ausbreiten. Wir haben es mit der formalen Umsetzung des Haushaltsbeschlusses zu tun. Da hatten wir die intensive Debatte. Daher gehen wir dem vorgeschlagenen Entwurf zur Satzungsänderung so mit.

Den Änderungsantrag, wie gerade von Kollege Hock eingebracht, werden wir nicht zustimmen, weil wir sehen, dass genau diese Gedanken und diese Abwägungen für diese Ausnahmeregelung schon in der ursprünglichen Formulierung der Satzung eingeflossen sind. Ich glaube, die KollegInnen der SPD-Fraktion hatten das damals eingebracht, dass wir explizit vor diesen Einrichtungen, Pflegeheimen, Krankenhäusern einerseits Tagestickets erlauben. Das ist schon auch diese Ausnahme. Das wäre völlig undenkbar, wenn wir da auch zwei Stunden Höchstparkzeit hätten oder Ähnliches, und dass dann eben natürlich der Tarif nicht linear auf, keine Ahnung, zehn Stunden oder so was hochgeht, sondern in einem angemessenen Verhältnis steht. Von daher sehen wir dieses Verhältnis mit der vorgeschlagenen Änderung so gewahrt und würden die unveränderte Vorlage so mitgehen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Zur Frage der Satzung: Da stimmen wir zu. Die Diskussion, die wir damals geführt haben, ob das sinnvoll ist oder nicht sinnvoll und wie hoch, die möchte ich jetzt nicht noch mal aufgreifen. Es war lang genug.

Zu dem Antrag der FDP möchte ich sagen: Das ist wichtig und richtig, und das ist in der Vorlage berücksichtigt, dass an den beiden großen Krankenhäusern Tagestickets sind. Es gibt dort Untersuchungen, die gehen eben nicht nur zwei Stunden, sondern die können also fünf, sechs oder sieben Stunden gehen, und dafür muss eine Möglichkeit überhaupt mal geschaffen, egal was sie kostet. Dass dies möglich ist und dass die dort preisgünstiger ist, weil dort die Menschen darauf angewiesen sind, halte ich für richtig.

Bei Altersheimen kriegen wir einen Flickenteppich in der Stadt Karlsruhe. Es sind sehr viele Altersheime. Angesprochen wurde das Anna-Walch-Haus. Wenn ich mir das überlege, dass es dort einen Parkplatz gibt mit Tagesticket, ich weiß, weil ich dort genau wohne, von wem die Tagesticket gelöst werden, nämlich am allerwenigsten von den Besuchern des Anna-Walch-Hauses, denn die sind in der Regel auch nicht den ganzen Tag da drin, sondern sie sind vielleicht ein oder zwei Stunden drin, aber die Tagestickets werden von großen Besuchern der Spielplätze, vor allem in der Günther-Klotz-Anlage, gelöst. Es sind auch nur sechs Plätze. Und wenn man dann noch berücksichtigt, wo es dann auch noch käme, und es kommt gleich die Frage, was ist mit den pflegenden Angehörigen, die jemand in einer anderen Wohnung besuchen müssen, den sie pflegen? Die hätten dann auch eine Berechtigung, so was zu kriegen. Ich glaube, es wird nichts werden richtig, oder man muss es noch mal ganz durchdenken, denn dann müsste es so sein, dass, wenn wir alle Altersheime und solche Einrichtungen berücksichtigen, wir so ein Durcheinander kriegen, dass wir damit nicht mehr zurechtkommen.

Stadtrat Dr. Fechler (SPD): Für uns ist das heute letztendlich der Vollzug dessen, was wir im Rahmen der Haushaltsberatung im Dezember beschlossen haben. Was den Antrag der FDP angeht, also die Intention, die Idee können wir ohne Weiteres nachvollziehen. Wir haben versucht, in der Haushaltsberatung, was auch jetzt in der Vorlage eingeflossen ist, dem

Rechnung zu tragen. Der Kollege Müller hat es ausgeführt, dass man eventuell im Bereich der Krankenhäuser über Tagestickets Dinge steuern kann, aber ansonsten ist das nicht kontrollierbar und nicht steuerbar, und von daher werden wir der Vorlage der Verwaltung so folgen und sie entsprechend mitgehen.

Stadtrat Schnell (AfD): Nun soll also der Gemeinderat dieser Satzungsänderung zur Umsetzung der in der Haushaltsberatung beschlossenen Erhöhung der Parkgebühren um 50 Prozent auf satte sechs Euro pro Stunde in der Innenstadt, und drumherum prozentual gleich, zustimmen. Das Ganze auf Basis eines Antrages der CDU. Obgleich diese seinerzeit in der Begründung dazu ganz zutreffend feststellte, dass die Karlsruher Parkgebühren mit vier Euro pro Stunde bereits heute am oberen Rand im Vergleich zu anderen Städten liegen. Auf Betreiben der Grünen wurde das dann noch etwas verschärft um die Preisanhebung für die angrenzenden Stadtteile. Wir von der AfD hatten alternativ eine Anhebung um nur 15 Prozent beantragt, wodurch aus vier Euro pro Stunde dann ungefähr 4,50, 4,60 geworden wären. Kompensiert hätten wir das unter anderem durch die Streichung der sinnlos verbratenen Gelder für den sogenannten Klimaschutz, womit noch viele andere unsägliche Belastungen der Karlsruher hätten vermieden werden können. Aber nein, das lehnten CDU und GRÜNE Hand in Hand voranschreitend mit ihrem brandmauerbedingten Haltungsschaden natürlich ab, gefolgt von nahezu dem gesamten Gemeinderat. Und so wird es wohl auch jetzt laufen. So wie bislang und wahrscheinlich auch zukünftig in Stuttgart zelebrieren CDU und GRÜNE im Verbund, auch hier in Karlsruhe, gemeinsam einen Kulturkampf gegen die Autofahrer. Wir jedoch werden dagegen stimmen.

Folgendes will ich Ihnen zu Ihrer Entscheidung noch mit auf den Weg geben: Erwarten Sie wirklich, dass sich Mehreinnahmen für die Stadt in der kalkulierten Höhe einstellen werden? Wohl kaum. Denn zum einen werden etliche von denen, die bis jetzt zum Einkaufen nach Karlsruhe fahren, sich dafür in andere Städte oder ins Internet begeben. Und wer Karlsruhe treu bleibt, aber für die Fahrt dann in die Stadt vom Auto auf den ÖV oder den Drahtesel umsteigt, wird nicht nur für keine Mehreinnahmen sorgen, sondern die Stadt verliert auch die in der bisherigen Höhe bezahlten Parkgebühren.

Und noch eines: Für diejenigen, die für solche Fahrten vom Pkw auf den Nahverkehr wechseln, wird in nicht wenigen Fällen dann auch gleich der Umstieg auf das Deutschland-Ticket, also die bundesweite ÖV-Flatrate, interessant. Damit aber kann man nicht nur nach Karlsruhe zum Shoppen fahren, sondern ohne Mehrkosten ebenso in andere Städte wie zum Beispiel Mannheim oder Stuttgart, um noch mal zwei Beispiele zu nennen.

Fassen wir zusammen: Wer weiterhin nach Karlsruhe mit dem Auto fährt, wird mit 50 % Kostenerhöhung massiv bestraft. Wer das nicht mehr tun wird, sorgt für weniger Mehreinnahmen als geplant, und last, not least gehen dem Karlsruher Einzelhandel auch Umsätze verloren, die er gut gebrauchen könnte. Alternativen dazu hätte es gegeben.

Der Vorsitzende: Wir kommen damit zur Abarbeitung. Ich rufe auf den Änderungsantrag der FDP/Freie Wähler und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Ich rufe damit die unveränderte Satzung zur Parkgebührensatzung auf. Wir müssen noch einen Moment warten. Und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
7. April 2026